

Änderungsanträge

**5. Tagung des 9. Landesparteitages
der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
am 23. und 24. September 2006
in Magdeburg**

Entwurf (neu)

Tagesordnung

**der 5. Tagung des 9. Landesparteitages der
Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
am 23. und 24. September 2006 in Magdeburg**

1. Eröffnung des Landesparteitages
2. Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan
3. Rede des Landesvorsitzenden zur politischen Situation, zu den vor uns stehenden Aufgaben des Landesverbandes in den Jahren 2006/2007 und zum Antrag zur Programmdebatte
4. Aussprache zur Rede des Landesvorsitzenden und zum Antrag zur Programmdebatte (darunter Redebeiträge der EinbringerInnen)
5. Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei.PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt zur Arbeit der Landtagsfraktion
6. Beschlussfassung über den Antrag zur Programmdebatte
7. Einbringung des Antrages zur Bildung neuer Kreisverbände
8. Aussprache zum Antrag zur Bildung neuer Kreisverbände
9. Beschlussfassung über den Antrag zur Bildung neuer Kreisverbände
10. Nachwahl von Mitgliedern der Landesfinanzrevisionskommission
11. Rede zur Einbringung des Rahmenwahlprogramms
12. Aussprache zum Rahmenwahlprogramm
13. Beschlussfassung zum Rahmenwahlprogramm
14. Weitere Anträge
15. Schlusswort

**Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
Landesvorstand**

Entwurf (neu)

Zeitplan

**der 5. Tagung des 9. Landesparteitages der
Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
am 23. und 24. September 2006 in Magdeburg**

Samstag, 23. 09. 2006

- 10.00 Uhr Eröffnung des Landesparteitages
- 10.10 Uhr Beschlussfassung über
- Tagesordnung
- Zeitplan
- 10.20 Uhr Rede des Landesvorsitzenden zur politischen Situation, zu den vor
uns stehenden Aufgaben des Landesverbandes in den Jahren
2006/2007 und zum Antrag zur Programmdebatte
- 11.00 Uhr Aussprache zur Rede des Landesvorsitzenden und zum Antrag zur
Programmdebatte (darunter Redebeiträge der EinbringerInnen)
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 13.30 Uhr Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei.PDS im
Landtag von Sachsen-Anhalt zur Arbeit der Landtagsfraktion
- 13.50 Uhr Fortsetzung der Aussprache
- 16.00 Uhr Beschlussfassung über den Antrag zur Programmdebatte
- 16.30 Uhr Kaffeepause
- 17.00 Uhr Einbringung des Antrages zur Bildung neuer Kreisverbände

- 17.20 Uhr Aussprache
- 19.00 Uhr Abendessen
- 20.00 Uhr Fortsetzung der Aussprache
- 21.00 Uhr Beschlussfassung über den Antrag zur Bildung neuer Kreisverbände
- 21.30 Uhr Ende des ersten Beratungstages

Sonntag, 24. 09. 2006

- 09.00 Uhr Nachwahl von Mitgliedern der Landesfinanzrevisionskommission
- 09.30 Uhr Einbringung des Rahmenwahlprogramms
- 09.50 Uhr Aussprache
- 12.00 Uhr Mittagspause
- 13.00 Uhr Fortsetzung der Aussprache
- 14.00 Uhr Beschlussfassung zum Rahmenwahlprogramm
- 14.30 Uhr Behandlung weiterer Anträge
- 15.00 Uhr Schlusswort und Ende des Landesparteitages

Magdeburg, d. 12.09.06

Frank Thiel, Harry Czeke, Sabine Dirlich, Angelika Hunger, Bernd Krause, Hans-Jörg Krause, André Lüderitz, Edeltraud Rogée

Änderungsantrag zum Leitantrag zur 5. Tagung des 9. Landesparteitages

Es wird beantragt, die Leer-Zeilen 736 bis 737 wie folgt zu ersetzen:

„Alternative Wirtschaftspolitik als Voraussetzung des sozial-ökologischen Wandels

Sozial-ökologischer Wandel in der wissensbasierten Gesellschaft bedarf sowohl eines leistungsfähigen Wirtschaftspotenzials als auch seiner Veränderung und der Neuorientierung seines Gebrauchs. Unsere wirtschaftspolitischen Vorstellungen setzen auch auf unternehmerische Gewinninteressen als wesentlich für betriebswirtschaftliche Effizienz und Innovationen, aber auch unter einer solchen sozial-ökologischen Rahmensetzung für Marktmechanismen, damit private Einzelinteressen nicht zu volkswirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Fehlentwicklungen führen.

Die **gesellschaftliche Rolle der Wirtschaft** bewerten wir als **notwendige Organisationsform gesellschaftlicher Arbeitsteilung**, als Sphäre, die für das Leben der Menschen im weitesten Sinne die **notwendigen Gebrauchsgüter und Dienstleistungen produziert** und diese über den Markt austauscht sowie als Bereich, wo letztendlich ein **Gewinn erarbeitet** wird, der der Entwicklung des einzelnen Unternehmens und der privaten Aneignung bzw. gesellschaftlichen Aneignung bevorzugt über die Steuerpolitik dient.

Staatliche Subventionspolitik im Bereich der Wirtschaftsförderung ist mehr auf den Menschen als Träger der Wissensgesellschaft zu richten und weniger auf Sachinvestitionen. Die typische Variante der Unternehmenssubvention als klassische Ansiedlungspolitik sollte der Vergangenheit angehören.

Unser Ansatz der Wirtschaftsförderung ist darauf gerichtet, nicht nur einzelne innovative Aktivitäten, Branchen und Cluster oder kleine Netzwerke zu stärken, sondern vor allem regionale Rahmenbedingungen in ihrer Gesamtheit als innovative Räume neu zu gestalten.“

Begründung:

Im Leitantrag sind noch wesentliche Positionen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik als Beitrag zur Programmdebatte der Linken darzustellen.

Magdeburg, d. 12.09.06

Frank Thiel, Edeltraud Rogée

Änderungsantrag zum Leitantrag zur 5. Tagung des 9. Landesparteitages

Es wird beantragt, die Leer-Zeile 738 wie folgt zu ersetzen:

„Arbeit in Würde statt Niedriglohn und Schwarzarbeit

Gerade Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass Erweiterung des Niedriglohnsektors keine dauerhafte Lösung für die Probleme des Arbeitsmarktes darstellt.

Die Linkspartei.PDS tritt für die **Einführung von Mindestlöhnen** unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Länder ein und unterstützt Kämpfe um Lohnerhöhungen vor allem für untere und mittlere Einkommensschichten. Kriterium politischer Entscheidungen ist für uns nicht die Kategorie „Niedriglohn für gering qualifizierte Arbeit“, sondern **„Auskömmlicher Lohn für existenzsichernde Arbeit“**. Auf dem Weg der schrittweisen Einführung von Mindestlöhnen ist besonders im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen die staatliche Unterstützung durch zeitweisen Einsatz von Steuermitteln denkbar.

Linke Beschäftigungspolitik will **vermeiden**, dass eine **Spaltung der Gesellschaft** entsteht, bei der ein Drittel der Erwerbsfähigen über relativ gesicherte und qualifizierte Erwerbsverhältnisse verfügt und zwei Drittel in entweder dauerhaft prekären Erwerbsverhältnissen leben müssen bzw. vollständig von Existenz sichernden Arbeitsverhältnissen ausgeschlossen sind. Auch Unternehmen, die das Rückgrat der Wissensgesellschaft bilden, können die extrem hohe Arbeitslosigkeit nicht abbauen.“

Begründung:

Im Leitantrag sind noch wesentliche Positionen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik als Beitrag zur Programmdebatte der Linken darzustellen.

Heidemarie Ehlert

11. 9. 2006

3.1. Änderungsantrag zum Antrag zur Programmdebatte

S. 16, Zeile 621 und 622 – Streichung „Sozialismus in einem Land ...“

Neu:

Sozialismus nur in einem Bundesland wird es nicht geben.

Begründung:

Es ist richtig, dass wir in einer globalisierten Welt leben und daher der Sozialismus nur in einem Bundesland nicht möglich ist. Das schließt aber m.E. nicht aus, dass es den Sozialismus nur in einem Land geben kann.

3.2. Änderungsantrag zum Antrag zur Programmdebatte

S. 22, Zeile 893 bis 897 streichen: „Angesichts der ... sind.“

Neu:

Auch in der Linkspartei.PDS fehlen die Antworten auf die Fragen, welche öffentlichen Aufgaben Bund, Länder und Kommunen wahrnehmen sollen, wer welche Aufgaben zu erfüllen hat und welche qualitativen Standards notwendig sind. Erst darauf ergibt sich die Antwort, welche Finanzen dafür notwendig sind.

Begründung:

Nicht die Finanzsituation bestimmt die öffentlichen Aufgaben, sondern umgekehrt, die öffentlichen Aufgaben bestimmen den Finanzbedarf. Mit der Umstellung auf die neuen Steuerungsmodelle in der Verwaltung werden auch die Produkte nach Inhalt und Umfang definiert, woraus sich dann der notwendige Finanzbedarf ergibt.

Die Linkspartei.PDS
Kreisvorstand Anhalt-Zerbst

Änderungsanträge

des Kreisvorstandes Anhalt-Zerbst an die 5. Tagung des 9. Landesparteitages
(bezogen auf Antragsheft)

Zum Antrag „Offen für Veränderung – offen für den Dialog. Die neue Linke.“

4.1. S. 15 – Zeile 597

Das Wort „strömungspolitische“ durch „außerparlamentarische“ zu ersetzen.

Begründung:

Das ist verständlicher und konkreter.

4.2. S. 16 – Zeile 639

Die Worte und etatistischen Vorzeichen zu streichen.

Begründung:

Das Wort „etatistisch“ ist nicht nur schwer verständlich zu vermitteln; das Ganze steht auch im Widerspruch mit unseren eigenen Erfahrungen der Vergangenheit.

4.3. S. 21 – Zeile 848

Der ganze Satz sollte heißen:

„Der konsequente Schuldenabbau wird unter gegenwärtigen Umständen aber nur durch einen rigorosen Verzicht auf bildungspolitische, wissenschaftliche, soziale und kulturelle Leistungen betrieben.“

Begründung:

Mit der ursprünglichen Formulierung geben wir die Alternativlosigkeit zur Sparpolitik von CDU und SPD zu und sie steht im Widerspruch zu unserer nachfolgend aufgeführten Auffassung. (siehe Antragsheft)

4.4. S. 24 – Zeile 968

Das Wort Bürgerfeedbacks ist zu streichen.

Wenn, soll es heißen: „Meinungsumfragen und deren Ergebnisse.“

Begründung:

Bürgerfeedbacks ist einfach ein hässliches Wort.

Zerbst, am 12. 09. 2006

Im Auftrag des Kreisvorstandes

gez. Klaus-Peter Krause
Mitgl. Des KV und Delegierter des Landesparteitages

Änderungsantrag zum Leitantrag

„Offen für Veränderung – offen für den Dialog. Die neue Linke.“

5.1. Antragsheft S. 15, Zeile 607 – 609

Der Satz soll wie folgt formuliert werden:

In der Wissensgesellschaft sind alle Lebensbereiche von Wissen und Technik durchdrungen.

5.2. Antragsheft S. 16, Zeile 638 – 641

Der Satz soll wie folgt ersetzt werden:

Als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung geraten sie gefährlich nahe an Forderungen, die wir in unserer Auseinandersetzung mit Positionen der Rechten scharf kritisieren.

Wir wollen Protest, Globalisierungskritik und radikale Kapitalismuskritik demokratisch und emanzipatorisch aufnehmen und für machbare Alternativen werben. Wir wollen nicht, dass antikapitalistischer Protest nationalistischen und antisemitischen Positionen das Tor öffnet.

5.3. Antragsheft S. 17, Zeile 683 – 688

Die Sätze sollen wie folgt formuliert werden:

Wir stehen für eine Regierungsbeteiligung, die Chancen und Risiken für unsere politischen Vorhaben und Konzepte in ihrer Gesamtheit verantwortungsvoll abwägt. Regierungsbeteiligungen bedürfen der

kritischen und solidarischen Begleitung in der Sache und sollten nicht fortwährend in Frage gestellt werden.

5.4. Antragsheft S. 20, Zeile 802

Es soll gestrichen werden:

... und den Jägern und Sammlern ...

5.5. Antragsheft S. 23, Zeile 920

Folgender Satz soll ergänzt werden:

Der Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor kann einen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge und gleichzeitig zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten, wenn Arbeitsplätze dort entstehen, wo heute Jugendliche und Senior/innen allein gelassen werden oder Kultur- und Sportarbeit nicht stattfindet, weil die Kommunen am Ende ihrer finanziellen Möglichkeiten sind und die Wirtschaft davon nicht profitiert.

5.6. Antragsheft S. 23, Zeile 922 – 923

Der Satz soll wie folgt geändert werden:

... und sich dort zurückziehen, wo es möglich ist.

Begründung: erfolgt mündlich

Änderungsanträge zum Leitantrag
Antragstellerin: Lena Kreck (KV Wittenberg)

6.1.

Ersetze in Zeile 632 ab „Die Globalisierung...“ bis „...fremdenfeindlicher Mobilisierung.“ (Zeile 641) durch:

„Die Globalisierung ist zum einen ein ökonomischer Prozess. Die Ausweitung des Welthandels, die Entwicklung globaler Finanzmärkte, die Zunahme von Migrationsbewegungen basieren u.a. auf der Zunahme der internationalen Arbeitsteilung und der Herausbildung eines internationalen Arbeitsmarktes. Globalisierung ist darüber hinaus aber auch ein dezidiert politisch forciertes Projekt der neoliberalen Kräfte in den Industrieländern. Unter dem Vorwand ´internationaler Wettbewerbsfähigkeit´ und der Standortkonkurrenz der Nationalstaaten haben neoliberale Regierungen gezielt demokratische, soziale, ökologische, bürgerrechtliche und verbraucherrechtliche Standards gesenkt.

Doch die Internationalisierung der Märkte oder die Zunahme der Migrationsbewegung erzwingt nicht die Minderung von demokratischen Rechten und sozialen Ansprüchen. Im Gegenteil: Auch und gerade in einer globalisierten Welt sind solidarischer Ausgleich, ökonomische Effizienz, politisch-demokratische Steuerung, die Ausweitung von Bürgerrechten und offene Grenzen für MigrantInnen möglich und notwendig. Dies erfordert eine Neuformulierung linker Politik. Wir treten daher für eine verstärkte Re-Regulierung der transnationalen Standards, insbesondere auf europäischer Ebene, ein. Neben sinnvollen Gesetzen und Regelungen auf lokaler und nationaler Ebene tritt die neue Linke deshalb für die kooperative Harmonisierung von Regelungen auf EU-Ebene ein, die die Rechte der BürgerInnen, insbesondere von Beschäftigten, VerbraucherInnen und MigrantInnen, erhalten und ausbauen. Diese Mindeststandards sollen nach dem Willen der Linken Teil einer alternativen europäischen Rechts- und Verfassungsordnung sein. Die neue Linke tritt zudem für verbindliche Verpflichtungen der Industrieländer ein, Regionen der so genannten „Zweiten“ und „Dritten Welt“ bei ihrer ökonomischen, ökologischen, sozialen und demokratischen Entwicklung zu unterstützen. Für eine globale solidarische Entwicklungszusammenarbeit sind transnationale Institutionen sowie Regelungen zwischenstaatlicher Umverteilung zu schaffen. Partner in

diesem Kampf sind dabei für uns die Gewerkschaften, Umweltschutz- und Verbraucherverbände, Selbsthilfe- und Unterstützerguppen von MigrantInnen, „Dritte-Welt“-Gruppen sowie die Globalisierungsbewegung. Die Forderung nach Re-Regulierung globaler Beziehungen ist für uns Teil eines radikalen Politikwechsels, ist Teil sozialistischer Reformpolitik.“

6.2.

Ersetze in Zeile 953 „chancengleiche“ durch:

„politisch gesteuerte und bedarfsgerechte“

Die Linkspartei.PDS Kreisverband Saalkreis

An den
9. Landesparteitag / 5. Tagung

Änderungsanträge zum Antrag „Offen für Veränderungen – offen für den Dialog. Die neue Linke.“

Veränderungen „fett / kursiv“ geschrieben.
Beibehaltene Sätze „Standard“ geschrieben.

7.1.

Ersetzen der Zeilen von 601 bis 609
durch:

Zu keiner Zeit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wurde solch ein Reichtum produziert wie heute. Seit Jahrhunderten wird durch technischen und wissenschaftlichen Fortschritt menschliche Arbeit frei gesetzt.

Aber wie zu keiner anderen Zeit sind wir damit konfrontiert, dass nur eine Minderheit der Menschen benötigt wird die lebenswichtigen Güter für alle zu produzieren.

Während der gegenwärtige und prophezeite Bevölkerungsrückgang als Vorwand dient, dass Sozialsystem immer weiter abzubauen, wächst gleichzeitig das Heer der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger immer weiter an.

Statt das dieser gewachsene Reichtum der Gesellschaft ermöglicht, Bildung, Kultur und soziale Sicherheit zu erweitern, wird unter der Dominanz der Wirtschaft der Allgemeinheit immer mehr wirtschaftlicher Gewinn der Allgemeinheit entzogen, die Verluste vergesellschaftet und den Arbeitnehmern immer mehr Risiken der Wirtschaft aufgedrückt.

7.2.

Ersetzen der Zeilen von 616 bis 630
durch:

- Sozialismus in einem Land und gar noch in einem Bundesland kann es jedoch nicht geben. **Globalisierung hat immer Schritt gehalten mit der Entwicklung der Kommunikations- und Transporttechnik. Damit ist beim heutigen Stand der Entwicklung jeder Winkel der Erde erreichbar.** Unter **diesem** Mantel der Globalisierung versucht die Lobby der transnationalen Konzerne die Verwertungsbedingungen für das Kapital zu Lasten der Armen und immer ärmer werdenden in einer militärisch neu gerichteten Welt maximal auszulasten. **Dieser Kurs birgt unabsehbare Risiken nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Existenz der Erde selbst.** Doch es gibt auch Chancen der Globalisierung **Der Globalisierung der Kapitalverwertung muss der Kampf um die Globalisierung der Menschenrechte, für eine nachhaltige, ökologische, demokratische, soziale und antipatriarchalische Welt entgegen gesetzt werden.**

7.3.

Ersetzen der Zeilen von 632 bis 641
durch:

- **Der Prozess der Globalisierung ist also so alt wie die Entwicklung der Menschheit und nicht umkehrbar. Nationale Grenzen spielen heute infolge uneingeschränkter globaler Arbeitsteilung und somit durch die Ausweitung des Welthandels, die Entwicklung globaler Finanzmärkte, die Zunahme von Migrationsbewegungen kaum noch eine Rolle.** Das fordert ein völlig neues Herangehen linker Politik. **Dem weltweiten Agieren des Kapitals muss der weltweite Kampf für soziale und demokratische Bedingungen entgegengesetzt werden. Traditionelle Konzepte, die sich in einem engen nationalstaatlichen Rahmen bewegen, funktionieren schon im europäischen Raum nicht mehr.**

7.4.

Ersetzen der Zeilen von 643 bis 646
durch:

- **Um eine demokratische, sozial-ökologische, solidarische und antipatriarchale Umgestaltung der Gesellschaft durchzusetzen, braucht es aber ein breites Bündnis den Druck aus großen Teilen der Gesellschaft, nicht nur von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Gesellschaftliche Veränderung braucht außerparlamentarischen Druck.**

7.5.

Anfügung ab Zeilen von 660

- **Dabei dürfen wir nicht verwischen, dass die wirklichen Lösungen der sozialen Probleme nicht unter der gegenwärtigen Machtverteilung möglich sind, denn diese treibt die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben voran. Auch wenn Mandatsträger unserer Partei diese Gegebenheiten in ihrem Verantwortungsbereich in ihrer Tätigkeit beachten müssen, so muss die Partei eben diese Gegebenheiten anprangern.**

7.6.

Ersetzen der Zeilen von 666 (Die Linkspartei ...) bis 671 (nicht auf) durch:

Die Linkspartei.PDS ist sich jedoch bewusst, dass die Übernahme politischer Verantwortung nicht erst mit der Erringung einer absoluten Mehrheit beginnen kann. Übernahme von Verantwortung muss auch bedeuten, in einer Koalition schrittweise unseren Zielen näher zu kommen. Dazu sind immer auch Kompromisse erforderlich. Kompromisse sind eine unverzichtbare Form der politischen Bewegung, die eine der Grundlagen für das Gelingen einer parlamentarischen Demokratie ist. Dabei ist linke Politik auf Landesebene nicht ...

7.7.

Ersetzen der Zeilen von 681 (Dieses ...) bis 688 (... Infragestellung.) durch:

- **Kompromisse müssen gewissenhaft erstritten werden und dürfen unsere Politik nicht widersprechen.** Dieses durchaus widersprüchliche Feld politischen Handelns erfordert immer die Bewertung des Einzelfalls und einen verantwortungsvollen Prozess des Abwägens. Wir stehen nicht für eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis, sondern für

verantwortungsvolle politische Abwägung von Chancen und Risiken für unsere politischen Vorhaben und Konzepte in der Gesamtheit.

Regierungsbeteiligungen erfordern vor allem einen Kompromiss zwischen den Ansprüchen der Partei und dem gegenwärtig Machbarem und bedarf deshalb der ständigen kritischen und solidarischen Begleitung in der Sache.

7.8.

Ersetzen der Zeilen von 729 (Ein Zurück ...) bis 731 (... Staatssozialismus) durch:

Ein Zurück zu den elitären und wenig emanzipatorischen Ansätzen des erfahrenen Staatssozialismus verbietet sich.

7.9.

Ersetzen der Zeilen von 741 bis 750 durch:

Die sogenannte Wissensgesellschaft verlangt zum Beispiel ein höheres Maß an Flexibilität, an Mobilität und an Individualisierung. Sie entfremdet immer mehr Mensch und Arbeit und entreißt den Menschen seiner familiären und sozialen Wurzeln. Soziale Sicherheit ist deshalb für uns eine notwendige Voraussetzung für die Abwendung der rasant steigenden sozialen Risiken der gegenwärtigen Gesellschaft. Die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft misst sich auch an einem Mehr an sozialer Sicherheit. Für die programmatische Debatte der neuen Linken erscheint uns deshalb eine Reihe von gewonnenen Erkenntnissen aus den Diskussionen der vergangenen Jahre unerlässlich.

Um die Gesellschaft menschlicher zu gestalten, darf man nicht nur der bedingungslosen Globalisierung der Produktion das Wort reden, die zum Teil auf Subvention und Sklavenarbeit beruht. Es gilt regionale, auch kleinräumliche Produktionsweisen zu schaffen, um einerseits das soziale Umfeld zu stabilisieren und andererseits gravierende weltweite Schäden für die Umwelt nicht nur zu mildern sondern zu verhindern und rückgängig zu machen.

7.10.

Einfügung in Zeile von 757 (die nachgewiesene ...)
durch:

, die vor allem auch in Deutschland nachgewiesene

7.11.

Ersetzen der Zeilen von 801 Sachsen-Anhalt ...) bis 804
durch:

Deshalb ist die Wirtschaft gefordert, einen höheren Beitrag aus ihren Überschüssen für Bereiche zu leisten, die nach politischer Willensbekundung nicht dem Profitstreben unterworfen werden sollen. Die Zukunft nicht nur Sachsen-Anhalts hängt von Investitionen in Bildung und Forschung ab.

7.12.

Ersetzen der Zeilen von 806 bis 812
durch:

- ***Die von der gegenwärtigen Gesellschaft hervorgebrachte, zunehmende Individualisierung sowie eine älter werdende Gesellschaft erfordern sozialpolitisches Handeln.*** Wir setzen uns dafür ein, dass neben den familiären und nachbarschaftlichen Beziehungen auch soziale Netzwerke wie Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen, vielfältige Formen sozialer Dienstleistungen ***gesichert werden und neue entstehen können und somit für eine bessere, unmittelbare Kommunikation der Menschen Angebote unterbreiten zu können.***

7.13.

Voransetzen bzw. Ersetzen in Zeile 818 (... Arbeit war ...)
durch:

Überall dort, wo unsere Mandatsträger in Verantwortung stehen, müssen sie eingedenk unserer strategischen Ziele, aber auf der Grundlage augenblicklicher tatsächlicher Bedingungen, ihren Beitrag zur Verbesserung der gegenwärtigen Lebensbedingungen der Menschen leisten. Eine wesentliche Grundlage ihrer Arbeit war und ist ...

7.14.

Ersetzen der Zeilen von 832 (Da dieses ...) bis 834 (... zusetzen.)
durch:

Dieses Steuerkonzept hat aber noch keine Mehrheiten gefunden. Deshalb sind wir gefordert, Konzepte zu entwickeln, die unseren Mandatsträgern helfen, in kleinen Schritten die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern bzw. Verschlechterungen zu verhindern.

7.15.

Ersetzen der Zeilen von 848 bis 850
durch:

Ein konsequenter Schuldenabbau darf unter den gegenwärtigen Umständen nicht durch einen rigorosen Verzicht auf bildungspolitische, wissenschaftliche, soziale und kulturelle Leistungen erfolgen.

7.16.

Anfügung an Zeile 857

Es ist aber ein Irrglaube durch grenzenloses Wirtschaftswachstum die Lebensbedingungen der Menschen verbessern zu können, bei gleichzeitiger gigantischer Entlastung der Wirtschaft. Vor der Frage, was die Menschen für ihre Wirtschaft tun können, steht die Frage, was kann und muss die Wirtschaft für ihre Menschen tun. Es ist an der Zeit umfassende Arbeitszeitverkürzungen bei gleichzeitiger Festsetzung auskömmlicher Mindestlöhne in Angriff zu nehmen.

7.17.

Anfügung an Zeile 868

Gleichzeitig muss für eine gerechter Verteilung der Finanzmittel vom Bund bis zu den Kommunen gekämpft werden. Die jahrelange Praxis in Bund und Ländern, immer mehr Aufgaben auf untere Ebenen zu verlagern, ohne ausreichend Finanzmittel mit zu liefern, muss ein Ende haben.

7.18.

Anfügung an Zeile 888

Das heißt aber, das einerseits die Kommunen nach wirtschaftlichen Maßstäben bewertet werden und danach arbeiten müssen. Andererseits wird ihnen aber durch massiven Privatisierungsdruck immer mehr die Möglichkeit genommen, selbst Einnahmen zu erwirtschaften bzw. durch gemeinnützige Unternehmen oder Unternehmen in kommunaler Hand tatsächlich sparsamer wirtschaften zu können.

7.19.

Ersetzen in Zeile 893 bis Länder und Kommunen ...

Angesichts fehlender eigener Definitionen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Rahmen einer Gesellschaftskonzeption angesichts der Finanzsituation der Länder und Kommunen ...

7.20.

Ersetzen der Zeilen von 912 bis 927
durch:

Andererseits sind wir gefordert, unser Staatsverständnis zu formulieren. Staat darf nicht im Widerspruch zur Gesellschaft definiert werden. Er muss als Instrument der gemeinsamen Interessen der Gesellschaft profiliert werden. Insofern muss die Gesellschaft befähigt werden, durch vielfältige Formen der demokratischen Mitbestimmung zum Ausdruck zu bringen, was sie will und was sie nicht will. In sofern heißt auch Eingriff in die Wirtschaft Eingriff in eigene Belange einer in Wirklichkeit immer stärker vergesellschaftlichten Produktion. Somit stehen nicht automatisch die Forderungen nach dem mündigem Bürger/der mündigen Bürgerin, nach dem Entstehen einer Bürgergesellschaft, nach der Zivilgesellschaft konträr dem Ruf nach mehr Staat gegenüber. Dies ist gerade zur Chancensicherung der Schwachen gegenüber den Starken erforderlich. Denn öffentliche Daseinsvorsorge ist im linken Verständnis die Sicherung der Grundlagen einer bestimmten Qualität des Zusammenlebens. Sie hat zum Ziel, einen bestimmten Typ sozialer Beziehungen, eine bestimmte Form des Zusammenhalts zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Sicherung eines individuellen Existenzminimums aber vor allem eine bestimmte ökonomische, soziale, kulturelle Infrastruktur.

Der Staat, also das Instrument der Gesellschaft, steht in der Pflicht, gegenüber den Bürgern zu gewährleisten und im Recht, gegenüber dem Markt und seinen Defiziten, steuernd einzugreifen. Linke Politik setzt die Schwerpunkte der Steuerung durch den Staat auf die Sicherung soziale Gerechtigkeit, auf demokratische Teilhabe und ökologischer Nachhaltigkeit.

7.21.

Ersetzen der Zeilen von 936 bis 938
durch:

Die Angebote sozialer Dienstleistungen sind in der Verantwortung der Kommunen aber auch der vielfältigen, weltanschaulich pluralen, zivilgesellschaftlichen Akteure gut aufgehoben. Die Gestaltung eines leistungsfähigen, bürgernah und effizient arbeitenden öffentlichen Sektors reduziert sich deshalb nicht nur auf die Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors. Auch hier ist die Linkspartei.PDS gefordert, Aufgaben und Verantwortung vielfältig zu verteilen: auf die Kommunen, den gemeinnützigen privaten Sektor, und an die Bürgerinnen und Bürger. Die Vergabe von öffentlichen Aufgaben in Privathand ist immer eine Entscheidung mit hoher Verantwortung, da dort oft kein Sparpotential vorhanden ist, weil in privatwirtschaftlichen Unternehmen in der heutigen Wirtschaftsweise der Zwang zur Profitmaximierung herrscht.

7.22.

Ersetzen der Zeilen von 1004 bis 1011
durch:

Im laufenden Prozess der Parteineubildung wollen wir unsere Identität erweitern, aber nicht aufgeben. Wir sind als Linkspartei.PDS geprägt vom Gründungskonsens unserer Partei aus dem Jahre 1989. ***Inhalt dieses Gründungskonsenses ist die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, die konsequent nach demokratischen Prinzipien fußt, die unwiderrufliche Missbrauch dieser Idee, wie auch das Abgleiten in eine Diktatur verhindert. Dazu ist die Erscheinung des „Stalinismus“ des darauf basierenden „realexistierenden Staatssozialismus“ genau zu analysieren, zu diskutieren und die Ergebnisse zu verallgemeinern. Sozialismus ohne demokratischer Mitwirkung aller nicht vorstellbar.***

7.23.

Ersetzen der Zeilen von 1013 bis 1021
durch:

So wie wir diese Äußerung Rosa Luxemburg verwenden, müssen wir uns auch wieder dem Erbe der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Traditionen zuwenden. Ohne eine dialektische Beschäftigung mit diesem Erbe werden wir unser Zukunftsmodell nicht formulieren können. Auch steckt in der Ignoranz dieses Erbes die Gefahr der ungewollten Wiederholung schon einmal begangener Fehler.

7.24.

Ersetzen in Zeilen 1034 bis 1035

Statt „beider Parteien“

von Linkspartei.PDS und WASG

Klaus-Dieter Iffarth

Im Auftrag der Delegierten des
Kreisverbandes Saalkreis

Wettin, 20.09.2006

ÄÄ – Bildung neuer Kreisverbände 1

Michael Entrich

19. 09. 2006

Änderungsantrag

zum Antrag „Bildung neuer Kreisverbände im Landesverband Sachsen-Anhalt“

Die Zeile 1208 – Kreisverband der Linkspartei.PDS Anhalt-Jerichow

ist zu ersetzen durch: Kreisverband der Linkspartei.PDS Jerichower Land

Heidemarie Ehlert

11.09.2006

Änderungsantrag

zum Antrag „Bildung neuer Kreisverbände im Landesverband Sachsen-Anhalt“

Auf den Seiten 29 und 30 sollten die abgeschlossenen Bürgerentscheide bereits berücksichtigt werden.

Danach müsste z.B. Wörlitz bereits dem Stadtverband Dessau-Roßlau zugeordnet werden.

Der Antrag ist deshalb zu überarbeiten.

Es ist allerdings sicherzustellen (s. Zeile 1222), dass auch künftige Veränderungen, z.B. durch Bürgerentscheide usw. berücksichtigt werden.

Magdeburg, d. 12.09.06

Frank Thiel, Harry Czeke, Sabine Dirlich, Angelika Hunger, Bernd Krause, Hans-Jörg Krause, André Lüderitz, Edeltraud Rogée

**Änderungsanträge zum Kommunalpolitischen Rahmenprogramm
zur 5. Tagung des 9. Landesparteitages**

1.1.

Es wird beantragt, die Zeilen 1361 bis 1370 wie folgt zu ersetzen:

„Die kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist für viele Kommunen nach wie vor ein wichtiges Standbein zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Unser kommunalpolitisches Engagement richtet sich auf den Erhalt und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit kommunaler Unternehmen, damit diese ihrer sozialen Verantwortung nachkommen können. Die gesetzlichen Regelungen sind so zu gestalten, dass kommunale Unternehmen weder Benachteiligung noch besondere Vorteile erfahren, sondern mit privaten Unternehmen gleichberechtigt am Markt agieren können. Wir wollen, dass die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen auch auf neuen Geschäftsfeldern und ortsübergreifend durch wirtschaftliche Kooperation möglich wird. Dabei messen wir dem Aufbau von wirtschafts- und technologischen Kompetenzzentren zur Vernetzung regionaler Wirtschaftskreisläufe, zur Unterstützung des Technologietransfers und von Existenzgründungen, zur kooperativen Aus- und Weiterbildung sowie zur Absatzförderung eine wesentliche Bedeutung bei.

Linke Wirtschaftspolitik ist darauf gerichtet die Qualifizierung der öffentlichen Auftragsvergabe mit dem Ziel einer verstärkten Kooperation kommunaler und privater Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung der regionalen Wirtschaftskreisläufe voranzubringen. Wichtige Träger dieser Prozesse sind Sparkassen der Kreise und kreisfreien Städte, ihre Rolle gilt es im Rahmen der Gebietsreform zu stärken.

Begründung:

Kommunale Unternehmen sind für uns eine tragende Säule der kommunalen Selbstverwaltung. Sie sind in Sachsen-Anhalt unverzichtbare Dienstleister der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die in den letzten Jahre durch die CDU-geführte

Landesregierung zusätzlich aufgebauten gesetzlichen und bürokratischen Hürden für wirtschaftliche Betätigung sind abzubauen. Wir sind nicht für Privilegien oder Sonderrechte kommunaler Unternehmen, ebenso wenig für die Schaffung neuer Monopolstrukturen bei der Anbietung von Leistungen.

Auch um die Abhängigkeit der Kommunen von Zuweisungen des Landes schrittweise abzubauen, sollten diese zur Erschließung zusätzlicher Finanzquellen für die Haushalte weiter ausgebaut werden.

Insbesondere für den Bereich der Sparkassen gilt es den Bestrebungen der Europäischen Union entgegenzutreten, diese Einrichtungen im Interesse von privaten Banken vom Markt zu drängen. So sind als Maßnahmen die Zusammenarbeit und freiwillige Fusion von Sparkassen zu unterstützen, ebenso die Zusammenarbeit mit Genossenschaftsbanken im Interesse eines flächendeckenden Filialnetzes im ländlichen Raum.

1.2.

Es wird beantragt, im Anschluss an den Satz auf Zeile 1384 folgendes einzufügen:

„Die Linkspartei engagiert sich dafür, im soziokulturellen und ökologischen, nicht gewinnorientierten Bereich einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit dauerhaften, sozial und tariflich gesicherten Arbeitsplätzen zu schaffen. Damit sollen vor allem Langzeitarbeitslose neue Beschäftigungsperspektiven erhalten.“

Begründung:

Die benannten Anforderungen für die Unterstützung der Hartz-IV-Betroffenen sind durch die kommunale Forderung nach Einführung eines ÖBS zu untersetzen. Insbesondere in den Kommunen sind dafür mehr Vorschläge für solche Projekte zu erarbeiten.

1.3.

Es wird beantragt, den Satz auf Zeile 1450 „Die Linkspartei.PDS setzt sich konsequent dafür ein....“ wie folgt zu ersetzen:

Unter Beachtung der objektiv höheren Kosten für Kommunen in ländlichen Räumen zur Sicherung der kommunalen Infrastruktur und öffentlichen Daseinsvorsorge wird die Linkspartei.PDS sich konsequent dafür einsetzen, dass Fördermittel auch weiterhin für die ländlichen Regionen bereitgestellt werden.

Ländliche Regionen erfordern ein noch konsequenteres Zusammenführen von Fördermitteln und eine gut abgestimmte ressortübergreifende Förderpolitik. Die Linkspartei.PDS setzt sich konsequent dafür ein, dass das Mitsprachrecht der Kommunen über den Einsatz dieser Mittel auf der Basis regionaler Entwicklungskonzepte ausgebaut wird.

Begründung:

Mit dieser in Nuance veränderten Formulierung des 1. Satzes soll die besondere Problematik bei der Absicherung der öffentlichen Daseinvorsorge in den ländlichsten Regionen des Landes stärker hervorgehoben werden.

Im bisherigen Antragstext wird nur auf das „...auch für ländliche Räume...“ verwiesen, eine „etwas passive“ Formulierung. Unsere Zielsetzung der „Herstellung gleichwerter Lebensbedingungen“ bedarf aber der Straffung und Konzentration der vorhandenen Förderprogramme und die Wahrnehmung einer größeren Verantwortung der Kommunen für die Planung und den Einsatz dieser Fördermittel.

FAG Lisa Sachsen-Anhalt

„Für starke Kommunen demokratisch, sozial gerecht, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig – Kommunalpolitisches Rahmenwahlprogramm“

- Änderungsantrag -

Der Landesparteitag möge beschließen:

2.1.

Der Satz „Stets ist zu hinterfragen...“ beginnend in Zeile 1304 wird wie folgt verändert (Änderungen sind kursiv gedruckt):

„Stets ist zu hinterfragen, ob und inwiefern die Chancengleichheit für Benachteiligte weiter verbessert und gesichert werden kann, *mit welchen politischen Angeboten die Geschlechterverhältnisse gerechter gestaltet und die vielfältigen Formen des Zusammenlebens von Menschen respektiert und gleichermaßen gefördert werden können.*“

Begründung:

Maßstab dafür, wie wir Politik gestalten und bewerten müssen neben der Frage nach der sozialen Chancengleichheit auch die nach den Möglichkeiten einer geschlechtersensiblen Politik (gender mainstreaming) und die der Förderung von Vielfalt in den Lebensformen (diversity-Ansatz von Politik) sein.

2.2.

Der Satz „Die Linkspartei.PDS wird sich dafür einsetzen...“ – beginnend in Zeile 1395 soll folgendermaßen verändert werden (Änderung kursiv gedruckt):

„Die Linkspartei.PDS wird sich dafür einsetzen, dass die *hauptamtlichen Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten weiter tätig bleiben können.*“

2.3.

Hinter dem Satz „Die Verwaltungsarbeit ist nicht zuständigkeits-, sondern prozessorientiert...“ beginnend in Zeile 1483 – wird in Zeile 1493 folgender Satz eingefügt.

„Gender mainstreaming als Methode für Verwaltung und Politik ist für uns als Voraussetzung für eine moderne Gleichstellungspolitik unverzichtbar. Die unterschiedlichen Auswirkungen von Vorschlägen, Entscheidungen und sonstigen Vorhaben auf Frauen und auf Männer, auf Mädchen und auf Jungen müssen deshalb routiniert und selbstverständlich geprüft werden.“

Begründung:

Die Europäische Union hat schon seit vielen Jahren für sich den Anspruch formuliert, in allen ihren politischen Vorhaben und Entscheidungen die jeweils unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und auf Männer, ebenso wie auf Mädchen und auf Jungen zum Maßstab ihrer Entscheidungen zu machen. Das sollte im 21. Jahrhundert auch das Kriterium für moderne Verwaltungen in den Kommunen sein.

2.4.

Nach Zeile 1516 soll folgender Satz eingefügt werden:

„Die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2007 werden wir nutzen, um den geringen Anteil von Frauen bei den kommunalen MandatsträgerInnen der Linkspartei durch gezieltes Ansprechen von engagierten Frauen in Vereinen, Verbänden und politischen Initiativen deutlich zu erhöhen.“

Begründung:

Zu dem Anspruch, bürgerschaftliches Engagement zu fördern – gerade in den letzten Jahren eine zentrale Forderung der Linkspartei.PDS – gehört auch, den schwachen Anteil von Frauen in unseren kommunalen Fraktionen in ernst zu nehmendem Maß zu erhöhen. Das ist ein altes Erbe der PDS, dem auf dem Weg zu einer neuen Linken nun wirksam begegnet werden soll.

Änderungsantrag zum Kommunalpolitischen Rahmenwahlprogramm

Auf Seite 35 sind die Zeilen 1405 bis 1425 zu ersetzen durch:

Kunst und Kultur sind wichtige Standortfaktoren in Sachsen-Anhalt. Theater und Museen, um nur zwei Beispiele zu nennen, sichern und schaffen Arbeitsplätze, ziehen Touristen an, machen unsere Städte und Gemeinden attraktiv. Gleichwohl stellen Kunst und Kultur aus Sicht der Linkspartei.PDS einen universellen Wert für die Gesellschaft dar und sind nicht allein auf ihre Nützlichkeit und Verwertbarkeit zu reduzieren. Kultur ist auch Bildung und für uns kein Luxusgut, welches wir uns leisten können, wenn es uns finanziell gut geht und auf das wir verzichten müssen, wenn die Verhältnisse finanziell enger werden. Für uns als Linkspartei.PDS-PolitikerInnen ist das Vorhalten von kulturellen Angeboten in den Kommunen unverzichtbar. Wir wollen das die Kultur mit anderen kommunalpolitischen Aufgaben in der ersten Reihe steht.

Kulturangebote von regionaler Bedeutsamkeit müssen auch zur Angelegenheit aller Kommunen in der Region werden. Im Zuge der Kreisgebietsreform setzt sich die Linkspartei.PDS dafür ein, dass das bisherige kulturelle Angebot in seiner Qualität erhalten bleibt. Kulturangebote von landespolitischer Bedeutung, wie Theater und Orchester, herausragende bauhistorische Zeugnisse, wie Burgen und Schlösser sowie Gedenk- und Weltkulturerbestätten müssen durch gemeinsame, verlässliche und langfristige Zusammenarbeit zwischen Kommunen und dem Land erhalten werden.

Stefan Gebhardt
Karsten Köpp

Änderungsantrag „Kommunalwahlrahmenprogramm“

neuer Abschnitt

„Infrastruktur“

Einfügen ab Zeile 1371

Die **Sicherung der Mobilität der Menschen** – eine Pflichtaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge – durch eine dem Bedarf entsprechende Verkehrsinfrastruktur gehört zum grundlegenden Anspruch linker Verkehrspolitik.

Das vorhandene Netz der Verkehrsinfrastruktur im Land Sachsen-Anhalt genügt den heutigen und künftigen Anforderungen des Wirtschafts- und Individualverkehrs. Der Neu- und Ausbau von Bundesautobahnen ist nicht erforderlich. Der Neubau von Ortsumgehungen ist unter dem Schwerpunkt der Verkehrsvermeidung zu prüfen und zu entscheiden. Wir setzen uns dafür ein, den Landkreisen und kreisfreien Städten die Verantwortung für die Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur zu belassen. Zwang zur Übertragung dieser Aufgabe an Dritte lehnen wir ab.

Die Bereitstellung ausreichend angebotener Leistungen im ÖPNV sind für uns unabdingbar, um die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Die Probleme, vor allem im ländlichen Raum, dabei den ÖPNV von der Schülerbeförderung zu trennen, sind uns bekannt. Der öffentliche Personennahverkehr ist bereits heute in vielen Landkreisen nur noch durch den Schülerverkehr präsent. Zur Lösung sind gegebenenfalls bei der Gestaltung des ÖPNV neue Wege sowohl der Bedienungsformen, als auch der Finanzierung zu gehen. Modelle des „privat public partnership“ im ÖPNV lehnen wir ab. Vor dem Hintergrund möglicher Veränderungen in der Qualität und Quantität des öffentlichen Personennahverkehrs durch europäische Gesetzgebung i. V. mit den Bestrebungen der Landkreise und kreisfreien Städte zum Verkauf kommunaler Verkehrsbetriebe zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, setzen wir uns konsequent für den Erhalt kommunaler Eigentumsformen der Verkehrsunternehmen im Land Sachsen-Anhalt ein. Den Eigentumswechsel kommunaler Verkehrsbetriebe begleiten wir unter dem Primat der Stärkung der Bedürfnisse und Rechte der Fahrgäste und der Stärkung kommunalen Eigentums konstruktiv.

Wir erkennen die Schwierigkeiten der Landkreise und kreisfreien Städte die vorhandene Verkehrsinfrastruktur instand zu halten und deren Verschleiß zu

refinanzieren. Die Linkspartei.PDS fordert deshalb eine Änderung der bestehenden Förderkriterien und setzt sich für eine Novelle des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (GVFG) ein. Instandsetzung geht vor Neubau von Straßen.

Dabei akzeptieren wir den Zusammenschluss kommunaler Verkehrsbetriebe.

Halle, 12.09.2006

Uwe Heft

Matthias Höhn

Bildungspolitischer Sprecher

Änderungsvorschläge zum Kommunalpolitischen Rahmenwahlprogramm

**„Für starke Kommunen – demokratisch, sozial gerecht,
wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig“**

Bereich Bildung

5.1. Zeile 1344

Bisheriger Satz:

„Ihnen Chancengleichheit von der Kindereinrichtung bis zur Berufsbildung zu gewähren, ist Anspruch einer sozial gerechten Kinder- und Jugendpolitik.“

Neuvorschlag:

„Ihnen Chancengleichheit zu gewähren, ist Anspruch einer sozial gerechten Kinder- und Jugendpolitik.“

5.2. Nach Zeile 1360

Einfügen eines neuen Unterabschnitts:

„ Kommunen tragen eine hohe Verantwortung, dass **Bildung für alle** gelingen kann.

Wir setzen uns dafür ein, dass flexible Angebote zur Förderung und Betreuung von Kindern in guter Qualität ortsnah angeboten werden, dass sie vor allem ihren Bildungsauftrag erfüllen können.

Auch unter den Bedingungen weiter sinkender Schülerzahlen soll ein leistungsfähiges Schulnetz gesichert werden, das allen den Zugang auch zu höchster Bildung gewährleistet. Wir wenden uns auf Landesebene gegen restriktive Regelungen in der Schulentwicklungsplanung, die vernünftige Lösungen vor Ort erschweren, und treten nach wie vor für eine Schule für alle Kinder ein. In den Landkreisen stehen wir für eine nachhaltige Planung von Schulstandorten, die eine niveauevolle Ausbildung für alle Kinder und

Jugendlichen eine solide Ausstattung für alle Schulen und möglichst kurze Schulwege gewährleistet.

Kindergärten, allgemein bildende und berufsbildende Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind Kristallisationspunkte kommunaler Entwicklung. Wir treten für vielfältige lebendige Beziehungen dieser Einrichtungen mit ihrem kommunalen Umfeld ein. Das bereichert die Bildungsprozesse und verleiht Städten, Gemeinden und Regionen neue Impulse.“

Begründung zum 1. und 2. Änderungsvorschlag:

Bildungspolitik sollte ihrer herausgehobenen Stellung in den Zielen der Linkspartei.PDS wegen ein eigener Abschnitt gewidmet werden.

Änderungsvorschlag 1. vermeidet Wiederholung, wenn der neue Unterabschnitt eingefügt wird.

Änderungsvorschlag 2. zielt auf die Aufgabe der materiellen Sicherstellung der Bildungsangebote, die Umsetzung des Bildungsauftrags der Kindertagesstätten in den Bereichen der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und der Gemeinden sowie auf die Entwicklung verschiedener Formen der Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen mit ihrem Umfeld (so innovative regionale Netzwerke von Hochschulen und Wirtschaft, Berufsbildungszentren und Wirtschaft, Praxistage für Schülerinnen und Schüler, Projekte produktives Lernen u.v.a.m.).

5.3. Zeile 1450

Zwei Sätze einfügen (nach „... zu ermöglichen.“):

„Dennoch werden Abwägungsprozesse, ob Angebote auch für kleine Nutzergruppen aufrechterhalten oder geeignete Konzentrationsprozesse eingeleitet bzw. fortgesetzt werden sollen, unausweichlich. Fragen der Sicherung der Qualität der Angebote und des effektiven Einsatzes öffentlicher Mittel müssen berücksichtigt werden.“

Begründung zum 3. Änderungsvorschlag:

Gerade im kulturellen und Bildungsbereich ist eine Reduzierung der Nutzergruppen auch unter Ausnahmeregelungen nur begrenzt möglich, wenn wichtige Qualitätskriterien eingehalten werden sollen. Z.B. kann ein stabiler Fachlehreinsatz an einer Sekundarschule in der erforderlichen Breite mit vertretbarem Aufwand nur gewährleistet werden, wenn sie wenigstens zweizügig ist (das schließt ein Absenken der Jahrgangsbreite und Einzügigkeit als *Ausnahmeregelung* in *Einzelfällen* nicht aus).

Kleinteiligkeit von Angeboten, die unausweichlich zu erheblichen Qualitätseinschränkungen führt, sollte ausgeschlossen werden.

5.4. Zeile 1677

Streichung des Satzes:

„Exemplarisch zeichnet sich das bereits jetzt für den Schulbereich ab.“

5.5. Zeile 1686

Streichung des Wortes:

„...Schule, ...“

Begründung zum 4. und 5. Änderungsvorschlag:

Die Kommunalisierung in den Bereichen der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen ist ein komplexes und vielschichtiges Problem. Die Diskussion hierzu ist noch nicht abgeschlossen und muss zu einigen Fragen auch neu geführt werden.

Möglichkeiten zur Kommunalisierung hängen hier sehr von der Größe der Landkreise ab, denen Aufgaben übertragen werden. Die Mehrheit unserer bisher erarbeiteten Positionen gehen von 5 Regionalkreisen aus. Eine Struktur mit 11 Landkreisen und 3 kreisfreien Städten muss hier grundsätzlich anders bewertet werden (z.B. wäre die Einrichtung von 5 unteren Schulbehörden, eingebettet in die Kreisverwaltungen, fachlich durchaus noch sinnvoll, 14 hingegen unvertretbar).

Auf die ohnedies nur exemplarische Nennung des Schulbereichs sollte daher – auch um Irritationen auszuschließen – hier verzichtet werden.

Magdeburg, d. 15.09.06

Angelika Hunger, André Lüderitz, Uwe-Volkmar Köck

**Änderungsantrag zum Antrag „Kommunalpolitisches Rahmenwahlprogramm“
zur 5. Tagung des 9. Landesparteitages**

Es wird beantragt:

- **In den Zeilen 1435 bis 1440 ist die Reihenfolge der 2 Sätze zu tauschen.**
- **Danach wird eingefügt:**
Auch Klimaschutz beginnt auf lokaler Ebene, Kommunen haben verschiedenste Möglichkeiten, eine nachhaltige Energiewirtschaft mitzugestalten. Sie können die Nutzung erneuerbarer Energien unterstützen und Möglichkeiten des Energiesparens nutzen. Eine wichtige Rolle können dabei Stadtwerke spielen. Wir werden Pilotprojekte wie energieautarke Regionen, kommunale und Bürgersolaranlagen, regionale Biomassekraftwerke u.ä. unterstützend begleiten. Dies trägt zur Erreichung unseres Zieles bei, bundesweit bis 2050 Wärme und Strom nahezu vollständig aus nicht fossilen Quellen zu erzeugen.

Begründung:

Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik sind wichtige Fragen der Daseinsfürsorge und damit ein wesentliches Anliegen unserer Partei. Aussagen dazu sind im vorliegenden Entwurf noch nicht enthalten.

Sabine Dirlich

Schönebeck, den 11.09.2006

Änderungsantrag zum Antrag

Für starke Kommunen – demokratisch, sozial gerecht, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig

7.1. Antragsheft S. 34, Zeile 1379

Nach dem Wort „...Arbeitsgemeinschaften“ soll folgender Satz eingefügt werden:

Durch die direkte Verantwortlichkeit in den Kommunen kann der Prozess der Eingliederung flexibler gestaltet werden. Die Abgeordneten der Kreistage können in den Eigenbetrieben oder Ämtern unmittelbar Einfluss auf die Einhaltung der Interessen der Betroffenen nehmen.

7.2. Antragsheft S. 34, Zeile 1385

Es soll folgender Satz eingefügt werden:

Die Linkspartei.PDS wird sich in auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass der Bund sich auch in den kommenden Jahren an den Kosten für Unterkunft und Heizung in der derzeit geltenden Höhe beteiligt.

Begründung: erfolgt mündlich

Gerald Grünert

kommunalpolitischer Sprecher

**Änderungsvorschläge zum Kommunalpolitischen Rahmenwahlprogramm
„Für starke Kommunen – demokratisch, sozial gerecht, wirtschaftlich und
ökologisch nachhaltig“**

Bereich Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge

8.1. Seite 33 Zeile 1331

Bisheriger Satz:

„Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen, die Auslagerung wichtiger Angelegenheiten der Kommunen an private Dritte oder der Verkauf von bedeutsamem kommunalen Eigentum sollen grundsätzlich von den Bürgerinnen und Bürgern selbst, also über Bürgerentscheide entschieden werden.“

Neuvorschlag:

„Beabsichtigt die Kommune, ein Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen oder des Privatrechts zu errichten, zu übernehmen oder wesentlich zu erweitern oder seine Rechtsform innerhalb des Privatrechts zu ändern, so soll dazu grundsätzlich ein Bürgerentscheid durchgeführt werden. Grundlage für die Entscheidung soll eine Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der öffentlichen und der privatrechtlichen Organisationsformen im konkreten Fall sein. Dabei sind die organisatorischen, personalwirtschaftlichen, mitbestimmungsrechtlichen sowie wirtschaftlichen, finanziellen, haftungsrechtlichen und steuerlichen Unterschiede und die Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt und die Entgeltgestaltung (Gebühren, Beiträge) darzustellen.“

Begründung:

Prinzipiell soll die Bürgerschaft über kommunale Unternehmen mittels Bürgerentscheid entscheiden können. Damit die Bürgerschaft auch eine entspr. Veränderung der kommunalen Unternehmen bewerten kann, ist es zwingend erforderlich die Auswirkungen ihrer Entscheidungen nachvollziehen zu können. Dem dient der Zusatz.

Bereich Kinder- und Jugendpolitik

8.2. Seite 33 Zeile 1352

Das Wort „kostenfreien“ wird durch das Wort „unentgeltlichen“ ersetzt.

Begründung:

Die Nutzung von Sportstätten erfolgt niemals kostenfrei. Eine unentgeltliche Nutzung sichert das gleiche Zugangsrecht für Kinder und Jugendliche, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Bereich kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

8.3. Seite 34 Zeile 1365

Das Wort „Wettbewerbsfähigkeit“ wird durch die Worte „Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit“ ersetzt.

Begründung:

Es gilt nicht nur die kommunalen Unternehmen wettbewerbsfähig zu gestalten. Es muss auch darum gehen, ihnen Möglichkeiten zu geben, dass sie zukünftig ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen können. Die Einengung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen ist neben den restriktiven Regelungen zur Weiterführung und Neugründungen der §§ 116 ff der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt aufzuheben.

8.4. Zeile 1366

Hinter dem Wort „Unternehmen“ werden die Worte „besonders der Stadtwerke“ eingefügt.

Begründung:

Bei den Unternehmen gilt es besonders die Stadtwerke zu erhalten und zu sichern. Sie leisten einen erheblichen Beitrag im Rahmen des Querverbundes zur Sicherung der defizitären, unterfinanzierten Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit, Kultur, Soziokultur und des Sports.

8.5. Zeile 1370

Es wird folgender Satz angefügt: „Die Linkspartei setzt sich für den Erhalt, die Stärkung und Regionalisierung der Sparkassen ein.“

Begründung:

Da die Globalisierung der Finanzmärkte nicht vor den Sparkassen Halt macht, ist der Erhalt und die Stärkung der kommunalen Kreditinstitute, besonders durch eine Regionalisierung sicherzustellen.

Bereich kommunale Gesundheits- und Sozialpolitik

8.6. Seite 35 Zeile 1397

Vor dem Wort „tätig“ wird das Wort „hauptamtlich“ eingefügt.

Begründung:

Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte können auch ehrenamtlich tätig sein. Auf Grund der Komplexität ihres Handelns ist hier jedoch ihre Hauptamtlichkeit sicherzustellen.

8.7. Zeile 1403

Es wird ein neuer Satz wie folgt angefügt: „Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende zeitnahe Krankenhausziel- und Investitionsplanung ein.“

Begründung:

Derzeit basiert die Krankenhausplanung und -finanzierung auf Unterlagen der Planungen von 1996. Dies hat zur Folge, dass Wirkungen der Gesundheitsreform, wie z.B. die Krankenhausfinanzierung, Umstellung auf DRG, bei der Planung der Investitionen im Krankenhausneubau nicht berücksichtigt wurden. Bei einer zeitnahen Planung könnten erhebliche Investitionen freigesetzt und für andere Bereiche, z. B. für Ersatzbeschaffungen von Großgeräten, Mobiliar usw., im Krankenhaus eingesetzt werden.

Bereich kommunaler Umwelt- und Naturschutz

8.8. Seite 36 Zeile 1440

Es wird ein neuer Satz wie folgt angefügt: „Die Linkspartei.PDS entwickelt Konzepte, die alternativ eine Bebauung im Bestand, unter Nutzung innerstädtischer Brachflächen, ermöglicht.“

Begründung:

Es geht in erster Linie um die Nutzung vorhandener innerstädtischer Brachflächen. Dies würde zu einer erheblichen Reduzierung von Bauland auf der „grünen Wiese“ unter Nutzung der vorhandenen Infrastruktur und zur Senkung der Erschließungsaufwendungen führen. Im Rahmen des „Stadtumbaus“ könnten gezielt Mittel für diese nachhaltige Bebauung eingesetzt werden.

Bereich Kommunalverwaltungen

8.9. Seite 37 Zeile 1485

Die Worte „Effizienz sowie“ werden gestrichen.

8.10. Zeile 1485

Nach den Worten „und Barrierefreiheit.“ wird folgender Satz angefügt: „Da Bürgerangelegenheiten nicht nur nach dem Grad der erzielten Leistung im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln zu bewerten sind, sind die Effizienzkriterien durch soziale Aspekte zu erweitern.“

Begründung zu 9. und 10.:

Der Begriff der „Effizienz“ reduziert Verwaltungshandeln auf ökonomische Kriterien. Völlig außen vor bleibt die Beratungs- und Hilfsfunktion der öffentlichen Verwaltung. Dies ist aus reinen Effizienzkriterien nicht abbildbar. Im Rahmen der Leitbildkonzepte „Moderne Verwaltung“ obliegt es den Räten, soziale Komponenten dieser rein betriebswirtschaftlichen Betrachtung beizufügen.

8.11. Zeile 1488

Die Worte „Wahlrecht per Internet.“ werden durch die Worte „Wahlrechte, besonders unter Nutzung des Internets.“ ersetzt.

Begründung:

Die Änderung nimmt die Realität auf. Derzeit verfügen nicht alle Bürgerinnen und Bürger über einen Internetzugang. Da die Bürgerschaft jedoch zur aktiven Mitgestaltung und Entscheidungsfindung aufgerufen werden soll, sind sowohl herkömmliche Mittel, als auch das Internet zu nutzen.

Bereich kommunale Haushalte

8.12. Seite 38 Zeilen 1520-1521

Nach dem Satz: „Jedoch sind die dafür vorhandenen Spielräume gegenwärtig nahezu ausgeschöpft.“ wird ein neuer Satz mit folgendem Inhalt eingefügt: „Eine durch die Kommunalaufsicht befürwortete Haushaltskonsolidierung, die den Verzicht bzw. die Konkurrenz von freiwilligen Aufgaben zur Folge hat, lehnen wir ab.“

Begründung:

Derzeit vollzieht sich die Haushaltskonsolidierung unter Beachtung der Beauftragung durch die Kommunalaufsichten. Größtenteils schlagen die Kommunalaufsichten die Reduzierung von freiwilligen Aufgaben bzw. deren Verzicht vor. Die Räte sollen dann entscheiden, ob sie die Sportstätte oder den Kinderspielplatz streichen sollen. Vor dem Hintergrund, dass die den Kommunen durch Bund und Land übertragenen Aufgaben nur noch zu rd. 80 % refinanziert werden, müssen die meisten Kommunen bereits schon seit langem zu Lasten ihrer freiwilligen Aufgaben diese kofinanzieren. Mittlerweile beträgt der Anteil der freiwilligen Aufgaben nur noch rd. 5 % des Haushaltes. Dies sollten unsere Mandatsträger, da es nicht vereinbar mit der Garantie auf kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 Grundgesetz ist, ablehnen.

Detlef Eckert
Delegierter/ Region Harz

19.9.2006

5. Tagung des 9. Landesparteitages am 23. und 24. September 2006

Änderungsantrag zum Kommunalwahlprogramm

Auf der Seite 34 im Antragsheft, im Schwerpunkt „Kinder- und Jugendpolitik, Satz 6. Er lautet:

Der Erhalt der kostenfreien Nutzung von Sportstätten durch Kinder im kommunalen Bereich ist dabei von besonderer Bedeutung.

Der Satz soll nach dem Wort Kinder durch die Worte „**und Jugendliche**“ ergänzt werden.

Begründung:

Im Rahmen der Kinder- und Jugendpolitik ist die Forderung nach entgeltfreiem Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Sportstätten Voraussetzung einer kontinuierlichen Sportarbeit in diesem Bereich. Diese Forderung ist unabhängig vom Bestand und von der Wirksamkeit der gegenwärtig geltenden Sportstättenverordnung des Landes in den Kommunen umzusetzen.